



Nr. 22

20. Juni 2025

Inhalt

Volker Geyer zu Destatis-Zahlen

[Personalzuwachs im öffentlichen Dienst:
strukturelle Probleme ungelöst](#)

Achter Versorgungsbericht der Bundesregierung

[Bund: Alterssicherung für die Zukunft verlässlich aufgestellt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Gespräch mit Finanzsenator Andreas Dressel](#)

Schleswig-Holstein

[Haushalt: Sorge vor Spaßmaßnahmen im öffentlichen Dienst](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Bundesministerium der Finanzen: Gespräch mit
Staatssekretär Rolf Bösing](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



Volker Geyer zu Destatis-Zahlen

Personalzuwachs im öffentlichen Dienst: strukturelle Probleme ungelöst

Mehr Menschen arbeiten im öffentlichen Dienst. Für dbb-Vize Volker Geyer ist das aber kein Grund für Entwarnung.

„Die prozentual höchsten Zuwächse sehen wir etwa im Bereich der Kitas. Die sind aber auch bitter nötig, weil durch politische Entscheidungen – wie die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung – einfach mehr Aufgaben zu erledigen sind. Angesichts der ständig wachsenden Aufgaben ist das Plus nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die steigenden Zahlen können über die ungelösten strukturellen Probleme nicht hinwegtäuschen: In praktischen allen Teilen des öffentlichen Dienstes herrscht Personalmangel“, erklärte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende

und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer am 17. Juni 2025 mit Blick auf entsprechende Erhebungen von Destatis. Geyer verwies außerdem erneut auf die problematische demografische Entwicklung: „Jetzt gehen nach und nach die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand. In den nächsten zehn Jahren verlassen über 1,4 Millionen Beschäftigte den öffentlichen Dienst. Wie diese Lücke geschlossen werden soll, ist nach wie vor ungeklärt. Vor diesem Hintergrund werden sich die aktuellen Zuwächse ganz schnell relativieren.“

Achter Versorgungsbericht der Bundesregierung

Bund: Alterssicherung für die Zukunft verlässlich aufgestellt

Der Bericht beinhaltet Berechnungen der in den nächsten 30 Jahren zu erwartenden Versorgungsleistungen.

„Die Tragfähigkeit der Alterssicherungssysteme für die Beamtinnen und Beamten des Bundes ist gesichert - trotz der jüngst angestiegenen Zahl der Bediensteten“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Heiko Teggatz mit Blick auf den Entwurf des Achten Versorgungsberichts der Bundesregierung am 19. Juni 2025 in Berlin. „Mit dem Versorgungsbericht gibt es wieder ein verlässliches und seriöses Arbeitsmittel, um einen umfassenden und sachlichen Blick auf den Bestand und die Prognosen zur Alterssicherung zu erhalten.“

Die weitere demografische Entwicklung und die damit verbundenen längeren Versorgungslaufzeiten stellen das Alterssicherungssystem der Beamtenversorgung des Bundes weiterhin vor Herausforderungen. Mit Blick auf die Zukunft blieb Teggatz dennoch optimistisch: „Diese Herausforderungen sind zu bewältigen. Der Bericht verdeutlicht und belegt, dass aufgrund vieler getroffener Maßnahmen die Finanzierung stabilen Parametern unterliegt und dabei zunehmend nachhaltig gesichert ist.“ Beispielsweise sind die Versorgungsausgaben des Bundes mit Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds zu einem laufend ansteigenden Teil kapitalgedeckt und generationengerecht veranschlagt.

Teggatz weiter: „Die Erkenntnisse des Berichts sollten dazu beitragen, die jüngsten undifferenzierten und neidgetragenen Diskussionen über die eigenständige Alterssicherung der Beamtinnen und Beamten gegenüber der Rente zu versachlichen.“ Alle Alterssicherungssysteme in Deutschland müssen für die Zukunft auf eine solide und leistungsgerechte Basis gestellt werden. „Diese Basis soll die Verlässlichkeit für die Anspruchsberechtigten und die Finanzierbarkeit des Systems in ein ausgewogenes und gerechtes Verhältnis bringen“, forderte der dbb Vize. Grundlegende statusbedingte und systematische Unterschiede müssen dabei jedoch stets berücksichtigt werden.

Hintergrund:

Die Bundesregierung erstellt seit 1996 in jeder Legislaturperiode einen Bericht, um über die wichtigsten Bestandsaufnahmen und Herausforderungen des eigenständigen Alterssicherungssystems der Beamtinnen und Beamten zu informieren. Der Bericht beinhaltet detailliert unterschiedliche Berechnungen der voraussichtlich in den nächsten 30 Jahren zu erwartenden Versorgungsleistungen. Der Achte Versorgungsbericht ist derzeit in der Abstimmung und wird vermutlich nach der parlamentarischen Sommerpause dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Gespräch mit Finanzsenator Andreas Dressel

Die Spitze des dbb hamburg um den Vorsitzenden Thomas Treff ist am 17. Juni 2025 zu einem Arbeitsgespräch mit Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD) zusammengetroffen.

Treff gratulierte Dressel zu seiner erneuten Berufung als hamburgischer Finanzsenator. Er machte deutlich, dass der dbb hamburg auf eine Fortsetzung der jahrelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit setzt. Dressel bestätigte, dass er im dbb hamburg einen wichtigen Partner sieht, um den öffentlichen Dienst in Hamburg zukunftsfähig aufzustellen.

Ein Schwerpunkt des Gesprächs waren die anstehenden Tarifverhandlungen zur sogenannten Hamburg-Zulage/Zulage für Bürgernahe Dienstleistungen und über einen Tarifvertrag zur Altersteilzeit, da Andreas Dressel auch Vorsitzender und damit Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist. Im Gespräch wurden erste Sondierungen vorgenommen und Verfahrensabsprachen abgestimmt. Inhaltlich machte der dbb hamburg deutlich, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen diese Zulage erhalten sollen. Dressel wies daraufhin, dass es in der Tarifeinigung originär um die Bereiche geht, die direkten Kundinnen- und Kundenkontakt haben. Er sei aber zuversichtlich, dass man zu einem tragfähigen Kompromiss kommen werde, zumal auch die Bürgerschaft einen Beschluss gefasst

hat, dass für diese Bereiche eine solche Zulage eingeführt werden soll.

Weitere Themen des Gesprächs waren die Digitalisierung und Entbürokratisierung des hamburgischen öffentlichen Dienstes. Dressel wies daraufhin, dass der Senat diese Themen zu einem Schwerpunkt seines Regierungshandelns machen wird. Der dbb hamburg sei herzlich eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Treff nahm dieses Angebot gerne an und verwies darauf, dass diese Themen auch im kürzlich veröffentlichten Grundsatzpapier zur Zukunft des hamburgischen öffentlichen Dienstes des dbb hamburg als wichtige Punkte benannt sind. Beide Seiten waren sich einig, dass mit einer Entbürokratisierung auch eine Stärkung der Eigenverantwortung und Stärkung der Ermessensausübung verbunden sei. Man könne nicht mehr alles regeln.

Treff sagte im Anschluss an das Gespräch: „Unser erster Erfahrungsaustausch nach der Bürgerschaftswahl erfolgte in sehr guter Atmosphäre. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten des Öfteren darum ringen, wie wir den hamburgischen öffentlichen Dienst weiter attraktiv und konkurrenzfähig halten.“

Schleswig-Holstein

Haushalt: Sorge vor Spaßmaßnahmen im öffentlichen Dienst

Der dbb sh setzt sich dafür ein, dass finanzielle Herausforderungen nicht auf dem Rücken des staatlichen Personals gelöst werden. Der öffentliche Dienst muss in der Lage sein, die von der Politik beschlossenen Aufgaben zu erfüllen. Wenn die dafür erforderlichen Ressourcen nicht bereitgestellt werden, muss der Aufgabenbestand reduziert werden.

„Wer diese Zusammenhänge ignoriert, hat ein problematisches Staatsverständnis“, bilanziert dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 17. Juni 2025, auch mit Blick auf anstehende Haushaltsberatungen. Hintergrund: Nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene sind etliche Vorgänge und Entwicklungen zu verzeichnen, die erhebliche Auswirkungen auf die Finanzlage des Landes und der Schleswig-Holsteinischen Kommunen haben –

welche auch für das Personal von Bedeutung sind:

Erstens hat das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht entschieden, dass der Landeshaushalt des Jahres 2024 verfassungswidrig war. Die von der Landesregierung vorgesehenen Notkredite waren nicht zulässig, weil die finanziellen Auswirkungen der angeführten Notlagen (Sturmflut 2023, Krieg gegen die Ukraine und Corona-Pandemie) auf den



Landeshaushalt nicht ausreichend dargelegt wurde. Deshalb plant die Landesregierung, die in Anspruch genommenen Mittel aus dem Notkredit (492 Millionen Euro) noch im Jahr 2025 zu tilgen. Dafür ist ein Nachtragshaushalt vorgesehen, der allerdings nicht mit weniger Schulden auskommt. Vielmehr sollen die vom Bundestag beschlossenen neuen Verschuldungsmöglichkeiten der Länder (Lockerung der Schuldenbremse, für Schleswig-Holstein bis zu 520 Millionen Euro jährlich) genutzt werden. Die Kredite bedeuten eine Belastung in kommenden Haushalten. Nicht zu vergessen ist, dass außerdem noch Notkredite (begründet mit Corona, Ukraine) aus vorhergehenden Jahren in Höhe von aktuell noch fast einer Milliarde Euro zu tilgen sind. Diese Belastung soll auf die kommenden 14 Jahre verteilt werden.

Zweitens bedeutet die vom Bund beschlossene Bereitstellung von zusätzlichen Investitionsmitteln für Schleswig-Holstein, dass in den nächsten Jahren jeweils etwa 290 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Hier werden zwar dringend benötigte Investitionen erleichtert, die allerdings ebenfalls schuldenfinanziert sind. Der Umstand, dass nicht das Land oder die kommunale Ebene, sondern der Bund Kreditnehmer ist, ändert nichts daran, dass die Steuerzahler für die Zinsen und die Tilgung aufkommen müssen.

Dritte drohte durch die möglicherweise etwas voreilige Förderung einer Batteriezellenfabrik

in Dithmarschen ein Schaden in Höhe von 600 Millionen Euro, jeweils zur Hälfte beim Bund und beim Land. Die zunächst gefeierte Ansiedlung der Fabrik mündete nach der Insolvenz in Ernüchterung. Auch wenn die politische Debatte zu den Verantwortlichkeiten noch nicht abgeschlossen ist: Der Steuerzahler muss es richten.

Viertens sorgen die Beamtinnen und Beamten für Entlastung: Die Pensionsausgaben sind niedriger als erwartet.

Fünftens wurden neue Prognosen für die Entwicklung der Steuereinnahmen bezogen auf Schleswig-Holstein ausgewertet. Danach müssen die Erwartungen für den Landeshaushalt erneut zurückgeschraubt werden. Im Vergleich zur Steuerschätzung des letzten Jahres stehen von 2025 bis 2029 insgesamt 607 Millionen Euro weniger zur Verfügung. Die prognostizierten Mindereinnahmen der Kommunen belaufen sich sogar auf 1,2 Milliarden Euro. Erste Kommunen haben bereits eine Haushaltssperre verhängt. Die Lage verschärft den Konflikt um die Finanzausstattung der Kommunen, die auf Zuweisungen des Landes angewiesen sind. Es droht sogar eine weitere Klage vor dem Landesverfassungsgericht, auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Ganztagsbetreuung an Grundschulen.

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Bundesministerium der Finanzen: Gespräch mit Staatssekretär Rolf Bösing

Am Anfang Juni 2025 fand ein erstes Gespräch zwischen dem BDZ Bundesvorsitzenden Thomas Liebel, dem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Rolf Bösing sowie dem neuen Abteilungsleiter für Zoll, Umsatzsteuer, Verbrauchsteuern) Bastian Fleig statt. Im Fokus standen die Stärkung des Zolls und die Umsetzung der Strategie „Zoll 2030“.

Die Gesprächspartner waren sich einig, dass der Zoll als zentrale Sicherheits- und Einnahmebehörde weiter gestärkt werden muss. Dazu gehört insbesondere die personelle und sachliche Ausstattung, um den wachsenden und zunehmend komplexen Aufgaben – wie der Bekämpfung von Geldwäsche und Schwarzarbeit – gerecht zu werden. Liebel betonte die Notwendigkeit, zusätzliche Aufgaben mit entsprechendem Personal zu unterlegen und eine Überlastung einzelner Regionen zu vermeiden.

Die Umsetzung der vom Bundesfinanzminister initiierten Strategie „Zoll 2030“ war ein zentrales Thema. Ziel ist es, den Beitrag des Zolls zur inneren Sicherheit und zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft deutlich zu erhöhen. Die Strategie sieht tiefgreifende organisatorische Reformen vor, darunter die Bündelung von Ermittlungs- und Vollzugskompetenzen, die Modernisierung und Automatisierung von Arbeitsabläufen sowie dringende Investitionen in Ausstattung und technisches Einsatzmaterial.

Die Beteiligten verständigten sich auf nachhaltige Investitionen in die Informationstechnik, um weiterhin ortsunabhängiges Arbeiten zu ermöglichen und die Digitalisierung voranzutreiben. Das setzt auch die Beibehaltung eines eigenen IT-Dienstleisters im BMF-Ressort voraus.

Der BDZ begrüßt die konstruktive Gesprächsatmosphäre und die Bereitschaft des Bundesministeriums der Finanzen, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Wir werden den Reformprozess weiterhin kritisch und engagiert begleiten und setzen uns für gute berufliche Perspektiven, moderne Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Stärkung des Zolls ein.

Namen und Nachrichten

„Das ist nicht unser Tarifabschluss und entspricht auch in keiner Weise unseren Tarifforderungen. Wir fordern die Geschäftsführung der DHL Hub Leipzig GmbH mit Nachdruck und zum wiederholten Mal dazu auf, die DPV-KOM an den Verhandlungstisch zu holen und mit uns Tarifverhandlungen aufzunehmen. Schließlich organisieren wir zahlreiche Beschäftigte am Standort, deren berechtigten Interessen bei der Tarifeinigung nicht berücksichtigt wurden. Die Kolleginnen und Kollegen haben für die Verweigerungshaltung des Arbeitgebers überhaupt kein Verständnis!“ Mit diesen Worten reagiert die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft **DPVKOM**, Christina Dahlhaus, auf den vor wenigen Tagen erzielten Tarifabschluss im Unternehmen. Um den Druck auf den Arbeitgeber zu erhöhen, hat die DPVKOM eine dritte Streikaktion am DHL Hub Leipzig durchführen. Der Erzwingungsstreik zur Aufnahme von Tarifverhandlungen begann am 19. Juni 2025 um 18:00 Uhr und endet am 21. Juni um 18:00 Uhr. Zu dieser 48-stündigen Streikmaßnahme ruft die DPVKOM ihre Mitglieder und alle Tarifbeschäftigten auf. Dadurch kommt es am DHL-Luftfrachtdreh-

kreuz Leipzig/Halle wieder zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von internationalen Sendungen. Der mit einer anderen im Betrieb vertretenen Gewerkschaft erzielte Tarifabschluss sieht im Wesentlichen zwei Entgelterhöhungen vor. Zum 1. Juli 2025 und zum 1. Juli 2026 sollen die Entgelte um jeweils 3 Prozent steigen. Außerdem soll zu diesen Zeitpunkten eine sogenannte Strukturkomponente von jeweils 1,5 Prozent greifen. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 26 Monaten. Dahlhaus weiter: „Mit dieser Vereinbarung wird die ungleiche und ungerechte Entlohnung am DHL Hub Leipzig im Vergleich zu den Beschäftigten im Tarifgebiet West zementiert! So erhalten die Mitarbeiter am DHL Hub Leipzig nach wie vor mehrere Hundert Euro weniger im Monat als DHL-Beschäftigte im Westen – für die gleiche Tätigkeit wohl gemerkt! Das darf und kann nicht sein. Die Mitarbeiter im Osten sind keine Beschäftigte zweiter Klasse!“ Zu den Forderungen der DPVKOM zählen deshalb unter anderem eine Anhebung aller Entgeltgruppen um 500 Euro als Sockelbetrag (Ost/West-Angleich) und darauf basierend eine lineare Erhöhung aller Gehälter um 8 Prozent.

Termine:

23. Juni 2025

Sitzung dbb Bundeshauptvorstand

2. Juli 2025

dbb forum öffentlicher Dienst
Weitere Informationen folgen.

8. Juli 2025

35. Europäischer Abend
Weitere Informationen folgen.